

Datum: 04.10.2026

Autor: Markus Städeli



Steuer- gelder verlocht?

Die Millionen, die der Bundesrat für den Ausbau von schnellem Internet mobilisieren will, bewirken möglicherweise das Gegenteil. Von Markus Städeli

Ein ausgeglichenes Budget gehört zu den Topprioritäten des Bundesrats. Trotzdem hat die Landesregierung dem Parlament im September das Breitbandfördergesetz unterbreitet. Dieses sieht bis zu 730 Millionen Franken Staatsmittel für den landesweiten Ausbau von schnellem Internet vor. Dieser ist ins Stocken geraten, viele europäische Länder haben heute eine bessere Abdeckung als die Schweiz.

Doch nicht in der ganzen Telekommunikationsbranche herrscht Freude über den Geldsegen. Im Gegenteil: Die Firma **Swiss4net**, die an Orten wie Baden, Morges oder Ascona Glasfasern verlegt, hat eine Studie in Auftrag gegeben, die just vor diesen Subventionen warnt.

Es bestehe das Risiko, dass nur schon die «Aus-sicht auf staatliche Fördermittel eigenwirtschaftliche FTTH-Investitionen verzögert oder gar verhindert». Manche Gemeinden würden heute schon privat finanzierte Ausbauprojekte zugunsten einer möglichen späteren Förderung zurückstellen. FTTH steht für «fiber to the home», also Glasfasern bis ins Büro oder in die Wohnung.

«Gefährdete Investitionen»

Bei guten Rahmenbedingungen könnten private Investoren die Lücken beim schnellen Internet auch ohne öffentliche Fördermittel schliessen. «Die Anreize für private Investitionen in Glasfasernetze waren in der Schweiz von 2008 bis 2025 gegeben», sagt Studien-Co-Autor Michael Funk von Swiss Economics, einer Beratungsfirma. «Das geplante Breitbandfördergesetz und die Forderung, dass private Netzbetreiber ihre Glasfasern in den Gebäuden Dritten überlassen müssen, stellen die Rechtssicherheit jedoch infrage und gefährden bestehende Investitionen.»

Swiss4net habe bereits 250 Millionen Franken investiert und könne kurzfristig sehr viel mehr Kapital mobilisieren, falls die Rahmenbedingungen stimmten, sagt der CEO Roger Heggli. «Meine Investoren sind sehr enttäuscht, dass die Rechtssicherheit in der Schweiz wegzubrechen droht.» Geldgeber des Unternehmens sind der europäische Infrastrukturinvestor Arcus, Swiss Life und hiesige Pensionskassen.

Die Finanzierung für die nächsten 300 000 Haushalte und Geschäfte stehe. Wie viel privates Kapital darüber hinaus fliesse, entscheide nicht **Swiss4net**, sondern der Bund: mit Rechtssicherheit für den freien Rohrzugang und mit Investitionsschutz für die letzten Meter vom Gebäudeanschluss bis in die Wohnung oder das Geschäft, sagt Heggli. «Stimmen die Rahmenbedingungen, ist das Kapital da. Stimmen sie nicht, bleibt es weg, und der Steuerzahler zahlt den Ausbau.»

Mit einem privat finanzierten Modell könne bis 2033 eine FTTH-Abdeckung von 94 Prozent erreicht werden, so die Studie. Davon ist die Schweiz heute noch weit entfernt. «Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung und der Unternehmen wird mit Glasfasern bis in die Wohnung oder das Geschäft versorgt», sagt der **Swiss4net**-Chef Heggli. Man rede also nicht von ein paar isolierten Bauernhöfen, sondern von grossen Agglomerationen. Im Kanton Zürich seien das zum Bei-

spiel Gemeinden wie Dietikon, Wädenswil oder Regensdorf. «Wir bauen nur dort, wo es weisse Flecken gibt, und sind weiterhin bereit, die gesamten Investitions- und Leerstandsrisiken zu tragen.» Die Studie nennt als Voraussetzung, dass private Firmen beim Verlegen von Glasfasern die Rohre der staatlichen Elektrizitätswerke mitbenutzen können. Wenn man einen geregelten Zugang zu dieser Infrastruktur bekomme, liessen sich auch in dünn besiedelten Gebieten relativ günstig ausbauen.

Eine weitere Voraussetzung ist für Heggli Rechtssicherheit. Seine Firma trägt derzeit einen Streit mit der Swisscom am Bundesgericht aus. Die Ex-Monopolistin verlangt, die von **Swiss4net** verlegten Glasfasern ebenfalls nutzen zu können.

Die Argumente der Studie zeigten eine grundlegende Schwierigkeit solcher Investitionsentscheidungen auf: «Wenn Regulierung und Gerichtsent-scheide die Investitionskosten erhöhen beziehungsweise die erwarteten Renditen reduzieren, sinken die Investitionsanreize privater Investoren», sagt Stefan Bühler. Er forscht an der Universität St. Gallen unter anderem zur staatlichen Regulierung von Märkten. Ob der Umweg über staatliche Subventionen dieses Problem lösen könne, sei zumindest fraglich.

Eine Sprecherin des Bundesamts für Kommunikation kritisiert, die Ergebnisse der Studie basierten einzig auf der nicht belegten Aussage der Auftraggeberin, wonach **Swiss4net** während sieben Jahren jährlich rund 1 Milliarde Franken in den Glasfaserausbau investiere. «Dies ist zugleich die zentrale Annahme und das Hauptresultat der Studie.» Branchenkenner weisen zudem auf die widersprüchliche Haltung von Swiss-

4net hin, die nicht will, dass ihr jemand vorschreibt, zu welchen Konditionen sie den Telekomfirmen ihre Glasfasern vermietet. **Swiss4net** fordere richtigerweise einen regulierten Zugang zu den Rohranlagen der Stromversorger, von denen sich viele unkooperativ zeigten, sagt Fredy Künzler, Chef des Telekomanbieters Init7. «Gleichzeitig wehrt sich **Swiss4net** mit Händen und Füssen gegen eine Regulierung der Glasfaser. Das ist meines Erachtens nicht redlich.» **Swiss4net** stellt sich auf den Standpunkt, sie baue die Glasfasern nur und biete selbst keine Internetdienste an – sie sollte daher nicht wie die herkömmlichen Telekomfirmen behandelt werden.

Wie Wasser oder Strom?

Glasfasern sind aus Sicht von Künzler eine so wichtige Infrastruktur, «dass wir sie als Service public betrachten sollten, genauso wie Strom oder Wasser». Damit der Wettbewerb zwischen den Internetprovidern wirklich spiele, müsse der Zugang zur Glasfaser reguliert werden. Dass der Ständerat dies bei der letzten Gesetzesrevision abgelehnt habe, sei einer der Gründe, wieso die Schweiz stark zurückgefallen sei, sagt Künzler.

Auch bei den Behörden selbst gibt es Stimmen, die dieser Meinung sind. Wegen fehlender Regulierung komme es immer wieder zu «Friktionen» und jahrelangen Gerichtsverfahren. Diese Rechtsunsicherheit behindere den Ausbau viel stärker als das Fehlen von Geld.

Für viele tragen Swisscom und Sunrise einen Grossteil der Verantwortung für das schleppende Tempo. Diese hätten zu lange auf die Modernisierung ihrer veralteten Kupfer- und Kabelnetze gesetzt anstatt auf die viel leistungsfähigeren Glasfasern. Swisscom will nun den Glasfaserausbau bis zu einer Abdeckung von mindestens 90 Prozent vorantreiben, wie ein Sprecher sagt. In besonders aufwendig zu erschliessenden Gebieten könne ein gezieltes Förderprogramm den marktgetriebenen FTTH-Ausbau sinnvoll ergänzen.

Wichtig sei, dass die Förderung auf solche Gebiete beschränkt bleibe und keine bereits geplanten Investitionen verdränge. Dafür habe der Gesetzesentwurf Vorkehrungen getroffen, indem nur der nachweislich unrentable Anteil der Investitionen gefördert werden dürfe, so die Swisscom.

Andere ziehen grundsätzlich in Zweifel, dass es sinnvoll ist, eine Abdeckung von mehr als 90 Prozent anzustreben. Nicht «jeder Kuhstall» brauche Glasfasern. 5G oder Starlink tue es auch, sagt ein Branchenkenner. Das tönt auch der Regulator Comcom an, der in seiner Vernehmlassungsantwort zum Fördergesetz schreibt, in Einzelfällen könne auch eine kostengünstigere Funktechnologie zum Einsatz kommen.

250 Mio. Fr.

hat die Firma **Swiss4net** bereits in die Verlegung von Glasfasern investiert. Und sie kann kurzfristig sehr viel mehr Kapital mobilisieren.